

Inmit-Studie belegt volkswirtschaftliche Bedeutung der Kreditverbürgung für den Mittelstand (2)

Um den volkswirtschaftlichen Nutzen der Bürgschaftsbanken zu berechnen, wurden die Auswirkungen auf Investitionen, Arbeitsplätze, Bruttoinlandsprodukt und Steuereinnahmen dem hypothetischen Fall gegenübergestellt, dass es keine Bürgschaftsbanken gäbe. Zur Quantifizierung rechneten die Wissenschaftler in ihrem gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodell neben einem Maximal- und Minimalszenario mit der realistisch annehmbaren Variante, dass 75 Prozent der angestoßenen Investitionssumme auf die Bürgschaften und Beteiligungsgarantien zurückführbar sind, also ohne diese nicht zustande gekommen wäre. Diese Einschätzung wird durch eine Unternehmensbefragung unterlegt:

Knapp zwei Drittel der befragten Unternehmen geben an, dass ihr Investitionsvorhaben im Falle der Nichtgewährung der Bürgschaft oder der garantierten Beteiligung zur Gänze nicht verwirklicht worden wäre. Rund 22 Prozent der Unternehmen hätten das Investitionsvorhaben zwar durchgeführt, aber in geringerem Umfang. Das zusätzlich investierte Volumen ist demnach auf das Engagement der Bürgschaftsbanken zurückzuführen. Hinzu kommt nach Einschätzung der Studie eine positive Wirkung auf die Ertrags-Risiko-Situation der Kreditinstitute. Immerhin ein Drittel der Befragten gab an, dass die mit einer Bürgschaftszusage verbundene geringere Eigenkapitalunterlegung einen expansiven Einfluss auf ihre Kreditvergabepraxis hat. Dies führt u. a. zu einer erhöhten Finanzierung von Unternehmensübernahmen, Investitionsprojekten von kmU sowie von Existenzgründungen. Jedes Jahr unterstützen die Bürgschaftsbanken in Deutschland rund 7.000 mittelständische Unternehmen mit Kreditbürgschaften und Beteiligungsgarantien. Diese kontinuierlichen Aktivitäten lösen laut Studie (gemessen am Betrachtungszeitraum 1996 bis 2002) folgenden volkswirtschaftlichen Nutzen aus:

- Das Bruttoinlandsprodukt steigt um einen jährlichen Mittelwert von 3,2 Milliarden Euro,
- Die Anzahl der Beschäftigten fällt jedes Jahr durchschnittlich um 12.900 Arbeitsplätze höher aus,
- Die Anzahl der Erwerbslosen verringert sich um durchschnittlich 9.100 pro Jahr,
- Der Staat nimmt zusätzlich Gütersteuern von 330 Mio. Euro sowie
- Einkommens und Vermögenssteuern von 390 Millionen Euro ein,
- Das Finanzierungssaldo des Staates (Differenz Steuereinnahmen zu Ausfallzahlungen) steigt im Mittel um durchschnittlich 670 Mio. Euro pro Jahr.

[weiter](#)